

BEZIRKSAUSSCHUSS DES 9. STADTBZIRKS NEUHAUSEN - NYMPHENBURG DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

04.09.2022

Genossenschaftswohnungen in Neuhausen dauerhaft halten

Der BA 9 möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Stadtratsfraktionen werden aufgefordert auf Bundesebene endlich eine Lösung für die letzten Wohnungs-Blöcke der Eisenbahnergenossenschaft zu erreichen.

Der Bezirksausschuss appelliert dazu auch nochmals an alle betroffenen Ministerien auf Bundesebene.

Begründung

Auch wenn die Genossenschaft aus eigenem Aufwand einen Teil der Blöcke sehr teurer erwerben konnte, besteht weiterhin die Gefahr dass noch leistbare Wohnungen in Neuhausen nicht gehalten werden können, da der Bund in Vertretung des Bundeseisenbahnvermögens nicht in der Lage ist für die vor Jahrzehnten klug an die Genossenschaften vergebenen Grundstücke eine Politische Lösung zu finden mit der die Wohnungen dauerhaft gesichert werden.

Der Bezirksausschuss hat schon mehrere Schreiben auch direkt an Bundesebene geschickt und trotz einstimmiger fraktionsübergreifender Beschlüsse und Appelle nie eine Antwort bekommen. Wir fordern nun die neue Bundesregierung mit allen betroffenen Ministerien - Verkehr, Bauen und Wohnen, Finanzen - hier eine Lösung herbeizuführen. Es kann nicht sein dass untergeordnete Behörden welche den Grund und Boden der Allgemeinheit verwalten immer noch ihre Geschäfte so führen dass einfach möglichst viel Geld in die Kasse kommt und keinerlei politische Strategie mit der Vergabe und Nutzung dieser Flächen verbunden ist. Die Flächen hier zentral in München müssen dauerhaft für bezahlbaren Wohnraum gesichert werden.

Zwar sind die Flächen auf Anregung des Bezirksausschusses inzwischen Teil eines Erhaltungssatzungsgebiets. Da aber hier für die Vorkaufsrechte auch weiterhin keine Lösung auf Bundesebene gefunden wurde die Möglichkeiten und Rechte der Kommunen zumindest wieder auf das Level vor dem Grundsatzurteil von Leipzig zu stellen, ist auch die Möglichkeit der Stadt als Kommune hier einzuspringen und im Zweifel einen überhöhten Preis zu übernehmen zur Rettung der Wohnungen eingeschränkt.

Wir erwarten daher hier endlich einen Klärung auf Bundesebene, da es auch nicht der einzige Fall ist, sondern grundsätzlich der Umgang mit der Bodenpolitik ein politischer Schwerpunkt werden muss.

Anlage: BA-Resolution von 2018 und Schreiben an Ministerien von 2019